



über
Magistrat

Der Oberbürgermeister

und

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
Christa Gabriel

an die Vorsitzende des Ausschusses für Schule, Kul-
tur und Städtepartnerschaften
Frau Claudia Spruch

25. April 2018

Beschluss Nr. 0024 des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften vom
01.03.2018 (18-F-21-0018)

Zukunftsplanung Theaterbühne im Pariser Hof, Spiegelgasse 9
- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/ Die GRÜNEN vom 02.02.2018 -

Sehr geehrter Frau Spruch,
sehr geehrte Damen und Herren,

im Beschlusspunkt 1b) des im Betreff genannten Beschlusses wurde der Magistrat gebeten
zu prüfen, „ob und in welchem Umfang ein Gesellschafterbeschluss gefasst werden muss,
um die wirtschaftlichen Folgen des Status Quo bis zur Vergabe der Bühne in zwei Jahren
beim GWI (vormals WIM) Liegenschaftsfonds zu legitimieren“.

Gerne beantworte ich Ihre Frage wie folgt:

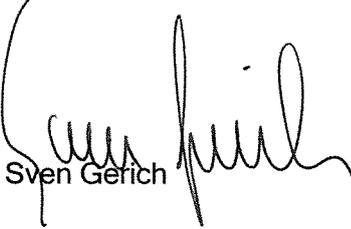
Wie aus einem mir vorliegenden Vermerk der Geschäftsführung der WIM Liegenschaftsfonds
GmbH & Co. KG (WIM Fonds) hervorgeht, geht die Geschäftsführung des WIM Fonds davon
aus, dass ohne eine institutionelle Förderung des Theaterbetriebes nur mittels einer ergebnis-
offenen Ausschreibung der gesamten Fläche des Pariser Hofes, also von Theater- und Gast-
ronomiefläche, die Liegenschaft in einem wirtschaftlich vertretbaren Rahmen (im Sinne von
mindestens kostendeckend) betrieben werden kann.

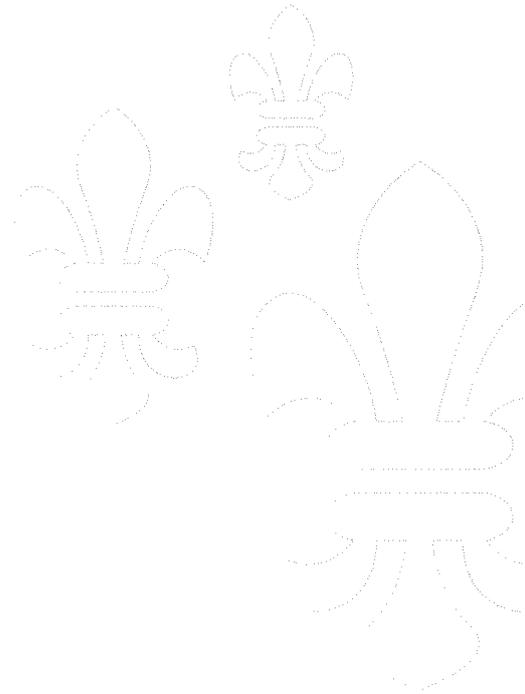
Im Geiste der im Public Corporate Governance Kodex der Landeshauptstadt Wiesbaden (Be-
teiligungskodex) normierten vertrauensvollen Zusammenarbeit von Geschäftsführung und
Gesellschafter, habe ich auf eine eigenständige Prüfung des Sachverhaltes verzichtet. Denn
selbst wenn eine solche zu einem gegenteiligen Ergebnis käme, würde dies nichts an der

Tatsache ändern, dass sich die Geschäftsführung des WIM Fonds von einem latenten Haftungsrisiko bedroht sieht.

Vielmehr beabsichtige ich kurzfristig mittels einer entsprechenden Gesellschafterweisung Rechtssicherheit für die Geschäftsführung herzustellen: In der Gesellschafterweisung soll die Geschäftsführung - entsprechend dem Wortlaut des Beschlusses des Ausschusses für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften - angewiesen werden, etwaige nachteilige wirtschaftlichen Folgen des Status Quo bis zur Vergabe der Bühne in zwei Jahren in Kauf zu nehmen. Durch eine solche Entscheidung des Gesellschafters ist die Geschäftsführung vom Haftungsrisiko vollständig befreit.

Mit freundlichen Grüßen


Sven Gerich





Die Stadtverordnetenversammlung
- Ausschuss für Schule, Kultur und
Städtepartnerschaften -

Tagesordnung I Punkt 6 der öffentlichen Sitzung am 1. März 2018

Vorlagen-Nr. 18-F-21-0018

Zukunftsplanung Theaterbühne im Pariser Hof, Spiegelgasse 9
-Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 20.02.2018-

Der Verein „Theater im Pariser Hof e.V.“ betreibt seit Mai 2015 die Theaterbühne in der Spiegelgasse 9 in ehrenamtlicher Arbeit. Eine institutionelle Förderung des Theaterbetriebs ist im Haushalt nicht vorgesehen. Derzeit werden verschiedene Szenarien für die Zukunft des Theaterbetriebs im Pariser Hof diskutiert.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. eine Sitzungsvorlage zu erstellen, in der ein Zeitplan bis zu den Haushaltsberatungen im Herbst 2019 und mögliche Lösungsvorschläge dafür unterbreitet werden, wie eine zukünftige kulturelle Nutzung der Theaterbühne in der Spiegelgasse 9 gesichert werden kann. Hier ist insbesondere zu prüfen,
 - a) wie ein Interessenbekundungsverfahren unter Beteiligung des Kulturbeirates durchgeführt werden kann
 - b) ob und in welchem Umfang ein Gesellschafterbeschluss gefasst werden muss, um die wirtschaftlichen Folgen des Status Quo bis zur Vergabe der Bühne in zwei Jahren beim GWI (vormals WIM) Liegenschaftsfonds zu legitimieren.
2. hierbei alle Handlungsoptionen mit deren jeweiligen rechtlichen Voraussetzungen bzw. Implikationen zu benennen und die jeweiligen Vor- und Nachteile abwägend darzustellen.
3. mit der Geschäftsführung des GWI (vormals WIM) Liegenschaftsfonds abzustimmen, wie eine getrennte Ausschreibung von Bühne und Gastronomie erfolgen kann, damit ein Kulturbetrieb weiter ermöglicht werden kann.

Beschluss Nr. 0024

Der Antrag wird in der folgenden Fassung angenommen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. eine Sitzungsvorlage zu erstellen, in der ein Zeitplan bis zu den Haushaltsberatungen im Herbst 2019 und mögliche Lösungsvorschläge dafür unterbreitet werden, wie eine zukünftige kulturelle Nutzung der Theaterbühne in der Spiegelgasse 9 gesichert werden kann. Hier ist insbesondere zu prüfen,
 - a) wie ein Interessenbekundungsverfahren unter Beteiligung des Kulturbeirates durchgeführt werden kann
 - b) ob und in welchem Umfang ein Gesellschafterbeschluss gefasst werden muss, um die wirtschaftlichen Folgen des Status Quo bis zur Vergabe der Bühne in zwei Jahren beim GWI (vormals WIM) Liegenschaftsfonds zu legitimieren.

2. hierbei alle Handlungsoptionen mit deren jeweiligen rechtlichen Voraussetzungen bzw. Implikationen zu benennen und die jeweiligen Vor- und Nachteile abwägend darzustellen.
3. mit der Geschäftsführung des GWI (vormals WIM) Liegenschaftsfonds abzustimmen, wie eine getrennte Ausschreibung von Bühne und Gastronomie erfolgen kann, damit ein Kulturbetrieb weiter ermöglicht werden kann.
4. zu prüfen, kurzfristig Projektmittel bereit zu stellen, um das Programmangebot des „Vereins im Pariser Hof e.V.“ zu sichern, bis eine grundsätzliche Entscheidung für die Sicherung der kulturellen Nutzung des „Pariser Hofes“ und zur institutionellen Förderung getroffen worden ist.

(Ziffer 4 ergänzt durch den Ausschuss für Schule, Kultur und Städtepartnerschaften, Änderungsantrag L&P vom 01.03.2018)

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2018

Schmehl
Stellv. Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .03.2018

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Gabriel
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .03.2018

Dezernat VI
in Verbindung mit
Dezernat III
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Gerich
Oberbürgermeister